

Pressemitteilung vom 27.5.2016

## **Gutes Signal: Europäisches Parlament will den Weg zu einer Stärkung der Arzneimittelproduktion in der EU frei machen**

(Berlin) Am 26. Mai 2016 hat das Europäische Parlament die EU-Kommission aufgefordert, eine Gesetzesänderung zu erarbeiten, die die Produktion von Generika in der EU stärkt. Konkret soll künftig erlaubt werden, dass Generikaunternehmen bereits während noch bestehender Schutzfristen patentfreie Folgeprodukte eines Arzneimittels für den Export in diejenigen Länder herstellen dürfen, in denen der Monopolstatus bereits abgelaufen ist.

„Das ist ein ganz wichtiger Schritt, der eine Stärkung des Produktionsstandorts Deutschland bedeuten kann“, kommentiert Bork Bretthauer, Geschäftsführer von Pro Generika. „Vor allem Deutschland ist ein strategisch bedeutsamer Standort für die Produktion von Generika, die zum einen Patienten Zugang zu modernen Therapien ermöglichen und zum anderen für die Gesundheitssysteme dauerhaft bezahlbar sind.“

Besonders Deutschland, als eines der reichsten Länder der Welt, profitiert wie kaum ein anderes Land von Generika. Denn hierzulande stellen Generika bereits 77 % der gesamten Arzneimittelversorgung sicher – und verursachen dabei nur einen Bruchteil der Arzneimittelkosten des deutschen Gesundheitssystems.

Generika spielen zudem eine immer größere Rolle in der Gesundheitsversorgung in den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern. Angesichts sehr knapper Mittel und einer defizitären Arzneimittelversorgung sollten Generika auch dort noch wesentlich stärker an Bedeutung für die Versorgung gewinnen.

„Der Vorschlag des EU-Parlaments kann zu einer Stärkung der heimischen Arzneimittelproduktion führen, die für hervorragende Qualität steht. Zudem erhöht er die Exportchancen europäischer Generikaunternehmen. Das passt ausnahmslos zur Zielsetzung des deutschen Pharmadialogs, der ebenfalls die Arzneimittelproduktion in Deutschland stärken will, und das Vorgehen ist zudem in völligem Einklang mit der ‚Exportinitiative Gesundheitswirtschaft‘ der Bundesregierung. Daher fordern wir die EU-Kommission auf, jetzt rasch einen Vorschlag für eine Gesetzesänderung auf den Tisch zu legen“, so Bretthauer abschließend.